

Die Gräben werden tiefer

Chancengleichheit in Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht durch symbolische Gesten ersetzbar

Malaysia ist von der Asienkrise vor zehn Jahren hart getroffen worden. Die Entscheidung, unabhängig von Krediten des IWF den Weg aus den wirtschaftlichen Turbulenzen zu suchen, hat sich rückblickend als zwiespältig erwiesen.

Martin Stimmler

Der eigenständige Kurs hat zwar einerseits verhindert, dass das Land so tief in die Krise rutschte wie einige seiner Nachbarn. Andererseits hat die fortgesetzte wirtschaftspolitische Bevorzugung der Malaien zur Vertiefung ethnischer Gräben geführt, deren Eskalationspotenzial bei den jüngsten Unruhen in Kuala Lumpur deutlich zum Ausdruck gekommen ist.

Während der Asienkrise zwischen 1997 und 1998 stieg die Arbeitslosenquote in Malaysia um mehr als das Dreifache, der Ringgit verlor mehr als die Hälfte seines Wertes und die Aktienkurse waren im freien Fall. 1998 sanken die Investitionen um 55 Prozent, die Wirtschaftsleistung pro Kopf um 9,5 Prozent; nach massiven Ausgabenkürzungen der Regierung, Zinserhöhungen und einer Drosselung des Geldumlaufs Ende 1997 befand sich das Land in einer massiven Rezession. Die anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten hatten für die Lebenssituation vieler Malaysier erhebliche negative Auswirkungen – Arbeitsplatzverlust, sinkender Lebensstandard und eine sich verschärfende Armutssituation.

Die Reaktion der damaligen Regierung unter Premierminister Mahathir pendelte zwischen einem monetaristischen Kurs und Ansätzen einer interventionistischen Politik. Diese kam allerdings in der Tradition der 1970 eingeführten pro-malaiischen *New Economic Policy* (NEP) primär Unternehmen zugute, die von Angehörigen der dominierenden malaiischen Elite geführt wurden. Hierin kann auch eine Hauptmotivation der Mahathir-Regierung gesehen werden, keine Kredite des IWF anzunehmen und so die volle Souveränität über die Wirtschaftspolitik zu behalten: Eine Fortsetzung der einseitig pro-malaiisch ausgerichteten Politik wäre unter Aufsicht des IWF wohl nicht möglich

gewesen. In der Folge der Krise wurden schließlich Reformen durchgeführt, die eine Reduzierung der Staatsausgaben und Liberalisierung der Wirtschaft zur Folge hatten. Dieser Kurs wird von der heutigen Regierung unter Ahmad Badawi fortgeführt und auch mit Blick auf aktuelle Verhandlungen mit den USA über ein Freihandelsabkommen weiter zugespitzt. So sind bereits viele Staatsunternehmen privatisiert worden, was zu einer Preissteigerung für elementare Dienstleistungen und somit steigenden Lebenshaltungskosten geführt hat, während die Löhne stagnieren. Zudem wurden einige Sozialleistungen beschnitten.

Die beiden Großdemonstrationen in Kuala Lumpur Ende November 2007 (s. Nachrichten auf S. 42) müssen auch im Kontext der oben genannten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen betrachtet werden, die maßgeblich durch die Ereignisse während der Asienkrise geprägt worden sind. Sie haben klar zum Ausdruck gebracht, dass sich insbesondere unter den ökonomisch marginalisierten sowie politisch und religiös diskriminierten Bevölkerungsschichten Malaysias gewaltiger Unmut aufgestaut hat. Dies bedeutet zwar wahrscheinlich noch keine akute Bedrohung für die politische Stabilität des Landes, verweist aber dennoch auf gravierende Missstände, die langfristig ernsthafte Konsequenzen haben können. So macht die harte Reaktion von Regierung und Sicherheitskräften insbesondere auf die zunächst friedlich verlaufende, von der *Hindu Rights Action Front* (Hindraf) organisierte Demonstration deutlich, dass hier durchaus ein erhebliches Destabilisierungspotenzial gesehen wird.

Ungewohnte Proteststimmung unter den Indern

Das enorme Mobilisierungspotenzial von Hindraf, das durch die hohe Anzahl der Teilnehmer an der Demonstration zum Ausdruck gekommen ist, muss auch insofern als bemerkenswert bezeichnet werden, als die ethnischen Inder lange Zeit als verlässliche Unterstützer der seit der Unabhängigkeit pausenlos regierenden

Der Autor studierte Sozialwissenschaften mit der Studienrichtung Politikwissenschaft an der Uni Duisburg-Essen und ist Praktikant der Asienstiftung.

Mehrparteienkoalition, der *Nationalen Front – Barisan Nasional* (BN), galten. Dort ist die indische Bevölkerungsgruppe, neben einigen kleineren Parteien, vor allem durch die *Malaysian Indian Congress* (MIC) vertreten, die gemeinsam mit Vertretern der anderen Ethnien am traditionellen konsensualen Entscheidungsprozess beteiligt ist. Durch diese Praxis, die (potenziell) strittigen Fragen der Regierungspolitik hinter verschlossenen Türen zwischen den als legitim wahrgenommenen Vertretern aller ethnischen Gruppen auszuhandeln, soll die Entstehung ethnischer Spannungen im Vielvölkerstaat Malaysia verhindert werden. Dies hat, abgesehen von den gewalttätigen Unruhen in Kuala Lumpur 1969, bisher weitgehend funktioniert. Daher stellt sich die Frage, weshalb sich in letzter Zeit so viel Unmut bei der indischstämmigen Bevölkerung aufgestaut hat.

Hier spielen zwei Faktoren eine wichtige Rolle. Zum ersten ist auf die nach wie vor bestehende religiöse Diskriminierung von Nichtmuslimen in Malaysia

Hindraf leben etwa 70 Prozent der malaysischen Inder in Armut, nur drei Prozent der Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor werden von dieser Bevölkerungsgruppe gestellt. Viele Schulen in den indischen Siedlungsgebieten sind in schlechtem Zustand, die Aufstiegschancen sind gering.

Armut und Diskriminierung – Eine Gefahr für die Stabilität Malaysias

Die weit verbreitete Armut der indischstämmigen Bevölkerungsgruppe geht bis in die Kolonialzeit zurück, in der Inder, vorwiegend Tamilen, von den britischen Kolonialherren als Zwangsarbeiter auf Gummiplantagen ins Gebiet des heutigen Malaysia verschleppt wurden. Während die malaysische Regierung nach den Unruhen von 1969 mit der NEP durch gezielte Bevorzugung von Malaien und indigenen Bevölkerungsgruppen gegenüber den chinesischen Malaysiern

die ökonomische Vorherrschaft der Chinesen verringern und die Armut insgesamt bekämpfen wollte, haben die meisten Inder nur verhältnismäßig wenig von dieser staatlichen Wirtschaftspolitik profitiert.

Auffällig ist, dass beide Demonstrationen in Kuala Lumpur vom November 2007 überwiegend von Menschen getragen wurden, die (auch) mit ihrer ökonomischen Situation unzufrieden sind. Die Proteste müssen so, trotz ihres im Fall von Hindraf offensichtlichen ethnischen Überbaus, auch im Hinblick auf die konkrete ökonomische Lebenssituation der Betroffenen betrachtet werden. Gerade die Kombination aus ethnischer Diversität einerseits und gravierenden, an den Grenzen eben dieser Ethnien verlaufenden ökonomischen Ungleichheiten andererseits, hat sich im Lauf der Geschichte weltweit immer wieder als verhängnisvoll herausgestellt. Kommen wie im Fall von Malaysia Faktoren wie religiöse Diskriminierung von Minderheiten und übertriebene Reaktionen staatlicher Sicherheitsorgane hinzu, entsteht eine gefährliche Kombination, die im Interesse aller Beteiligten so schnell wie möglich entschärft werden muss. Symbolische Gesten wie die Erklärung eines hinduistischen Feiertages zum nationalen Feiertag, vor wenigen Wochen von der Regierung vorgenommen, können dabei nur erste Schritte bleiben. Letzten Endes wird kein Weg daran vorbei führen, der indischen Minderheit ebenso wie ökonomisch marginalisierten Angehörigen der anderen Ethnien religiöse Freiheit und wirtschaftliche Chancengleichheit nicht nur auf dem Papier, sondern auch spürbar im täglichen Leben zugestehen.

zu verweisen, die in jüngster Zeit durch verschiedene Ereignisse verschärft ins Bewusstsein der indischen Bevölkerung gekommen ist. So haben mehrere Zivilgerichte entschieden, dass für als Muslime geborene indische Malaysier, die zum Hinduismus konvertieren möchten, ausschließlich Sharia-Gerichte zuständig sind. Auch eine Reihe von Zerstörungen ohne Baugenehmigung errichteter Hindu-Tempel durch die malaysischen Behörden hat den Eindruck wachsender Islamisierungstendenzen weiter verstärkt.

Zum zweiten fühlen sich viele malaysische Inder in Bezug auf ihre Chancen, an Bildung und Wohlstand zu partizipieren, gegenüber den Malaien und Chinesen benachteiligt: Nach Angaben eines Sprechers von

zu verweisen, die in jüngster Zeit durch verschiedene Ereignisse verschärft ins Bewusstsein der indischen Bevölkerung gekommen ist. So haben mehrere Zivilgerichte entschieden, dass für als Muslime geborene indische Malaysier, die zum Hinduismus konvertieren möchten, ausschließlich Sharia-Gerichte zuständig sind. Auch eine Reihe von Zerstörungen ohne Baugenehmigung errichteter Hindu-Tempel durch die malaysischen Behörden hat den Eindruck wachsender Islamisierungstendenzen weiter verstärkt.

Zum zweiten fühlen sich viele malaysische Inder in Bezug auf ihre Chancen, an Bildung und Wohlstand zu partizipieren, gegenüber den Malaien und Chinesen benachteiligt: Nach Angaben eines Sprechers von



Foto: Archiv